

Salzkörner

Materialien
für die Diskussion
in Kirche
und Gesellschaft



ZdK

26. Jg. Nr. 4
August 2020

Editorial

Den Besen ergreifen

Im Libanon, so scheint es, gehören Krise und Kriege zur DNA. Die Explosion der seit vielen Jahren in Beirut gelagerten Ammonium-Nitrat-Bestände hat viele Libanesen daran erinnert, weshalb sie seit dem vergangenen Herbst gegen eine unfähige Politik und Verwaltung protestieren: Das Land ist pleite, die Währung bedeutungslos, der Arbeitsmarkt desolat. Kein anderes Land der Welt hat, gemessen an seiner Bevölkerung, in den vergangenen Jahren so viele syrische Flüchtlinge aufgenommen wie der Zedernstaat. Heute beherbergt das Land knapp 500.000 palästinensische und über 1,5 Millionen syrische Flüchtlinge. In der Ambiguität aus bitterer Armut und Luxus-Geschäften ergreift die Jugend die Initiative – oder besser: den Besen! Viele reinigen die Straßen von Schutt und Asche, verteilen Lebensmittel und bieten Nachbarschaftshilfe an. „Wir machen das, wofür eigentlich der Staat zuständig ist“, skandiert eine junge Frau auf Twitter. Ich sehe den Libanon, wo die Proteste seit Oktober 2019 bereits zwei Regierungen gestürzt haben, nicht im Spiegel des glücklosen arabischen Frühlings, sondern in der gegenwärtigen Weltkarte mit ihren vielen Bewegungen, die gegenüber staatlichen und politischen Strukturen Veränderungen einfordern: Von der „Black Lives Matter“-Bewegung wird in dieser Ausgabe der Salzkörner zu lesen sein. In Ländern auf allen Kontinenten wenden sich engagierte Bürgerinnen und Bürger von ihren Regierungen ab. Auf zwei Faktoren trifft man überall: Bürgerinnen und Bürger fühlen sich stark genug, um gegen die Autorität aufzubegehren, während Vertreterinnen und Vertreter jener Autorität immer mehr gefordert werden, ihr eigenes System zu begründen – und ggf. zu verteidigen. Nach dem „kurzen 20. Jahrhundert“, so Eric Hobsbawm, ist es vielleicht noch zu früh, unsere Gegenwart zu charakterisieren. Umbruch, Revolution und Veränderung sind aber gewiss Attribute, an die wir uns für unser 21. Jahrhundert gewöhnen sollten. Den Menschen im Libanon wünsche ich, dass der Umbruch zu einem besseren Leben schnell und gut gelingt.

Marc Frings

Inhalt

Rassismus in den USA _____ 2

Eine Abwahl der Trump-Administration allein bringt noch keinen Wandel

[Torsten Teichmann](#)

Zwischen Nächstenliebe und rechten Vereinnahmungsversuchen _____ 4

Die Kirchen in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten

[Henning Flad](#)

Was wirklich zählt _____ 6

Zur christlichen Prägekraft in der Corona-Gesellschaft

[Hubert Wissing](#)

Homeoffice: Recht, Rahmen und Kultur __ 8

Immer mehr Homeoffice auch nach Corona

[André Arenz](#)

Zwischen #stayathome und Aktivität ____ 10

Jugendverbandsarbeit in der Corona-Pandemie

[Gregor Podschun](#)

Zusammenfügen, was nicht zusammenpasst _____ 11

Reisen trotz und mit Corona

[Thomas Eggensperger](#)

„Wir machen für die Pänz, was irgend geht!“ _____ 12

Von der Kinderstadt zum Kinderdorf

[Franz Meurer](#)

Rassismus in den USA

Eine Abwahl der Trump-Administration allein bringt noch keinen Wandel

Im Süden von Minneapolis ist die Kreuzung Chicago Avenue Ecke 38ste immer noch gesperrt. Plastikblumen und echte Pflanzen schmücken die Straße. Kuscheltiere sind zu sehen, Transparente und eine schwarze Faust. Ein Aktivist hat in Rot, Grün, Gelb und Lila die Namen von 147 Opfern von Polizeigewalt auf den Asphalt geschrieben.

Es ist eine improvisierte Gedenkstätte; eine unmittelbare Reaktion auf das Entsetzen, die Sprachlosigkeit und die Angst. Es ist die Stelle, an der George Floyd Ende Mai von Polizisten gewaltsam getötet worden war.

Floyd soll versucht haben, im Supermarkt an der Ecke mit einem gefälschten 20-Dollar-Schein Zigaretten zu kaufen. Ein Verkäufer rief die Polizei. Ein weißer Beamter reagierte, zog Floyd aus dessen Auto und drückte den schwarzen Amerikaner über neun Minuten mit dem Knie auf den Boden. Bis Floyd erstickte.

Die USA sind im Krisenmodus

Der Tod des schwarzen Amerikaners wurde zum Auslöser für gewaltsame Konfrontationen, Plünderungen, aber vor allem für friedliche Demonstrationen in den USA. Seitdem gehen vor allem junge Amerikaner in großen Städten auf die Straße. Sie protestieren gegen Rassismus, diskutieren die Rolle der Polizei und verlangen Wandel. Doch welche Auswirkungen haben die jüngsten Ereignisse auf die Präsidentschaftswahl im November?

Das Land befindet sich eigentlich schon seit März im Krisenmodus. Die Zahl der Corona-Infektionen hat die Marke von fünf Millionen überschritten. Und die Pandemie wirkt wie ein Vergrößerungsglas. Sie wirft auch ein helles Licht auf die krassen Unterschiede, auf Gewalt und Rassismus in der US-Gesellschaft.

So ist es für schwarze und hispanische Amerikaner drei Mal so wahrscheinlich, sich mit Corona zu infizieren, wie für ihre weißen Nachbarn. Das belegen Zahlen der Gesundheitsbehörde CDC.

Struktureller Rassismus als Ursache

Als Ursache werden häufig Vorerkrankungen wie Asthma oder Diabetes genannt. Aber es seien soziale und politische Entscheidungen gewesen, die sich über Jahrhunderte auf die Gesundheit der Menschen ausgewirkt haben, erklärt Anita Fernander, Dozentin für Verhaltensforschung an der medizinischen Fakultät der Universität von Kentucky in Lexington. Die schlechte Lage von Erholungsparks in Stadtvierteln, in denen überwiegend schwarze Amerikaner leben, das fehlende Angebot an Lebensmittelgeschäften, mehr Stress in der Gemeinschaft und erschwerter Zugang zur Bildung seien alles wichtige Faktoren, erklärt Fernander beim Gespräch auf dem Campus der medizinischen Fakultät. Von strukturellem Rassismus ist in den USA die Rede. Und der habe auch mit dem Ende der Sklaverei nicht aufgehört, ergänzt die Dozentin. Politiker der Demokratischen Partei bemühen sich, den Wunsch nach Veränderung im anstehenden Wahlkampf aufzugreifen. Die Sprecherin der Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, verlangt, dass 11 Statuen von Vertretern der Südstaaten aus der Zeit des amerikanischen Bürgerkriegs, also von Verfechtern der Sklaverei aus dem Kapitol in Washington D. C. entfernt werden. Sie gelten der Hälfte der Amerikaner als Sinnbild des alltäglichen Rassismus, der anderen Hälfte der Menschen aber als Helden der Geschichte.

US-Demokrat Biden in der Kritik

Auch die Demokraten müssen sich ihrer Vergangenheit stellen: So steht der (designierte) Präsidentschaftskandidat der Demokraten, Ex-Vizepräsident Joe Biden, in der Kritik. In seiner Zeit als Senator hatte Biden Anfang der 1990er Jahre Gesetze auf den Weg gebracht, die zur massenhaften Inhaftierung von Straftätern, vor allem von schwarzen und hispanischen Amerikanern führten. Biden gibt sich jetzt geläutert. Er braucht im November die Stimmen der schwarzen Amerikaner, um Präsident zu werden.

In diesen Wochen reicht die Kraft zur Veränderung mitunter zumindest für symbolische Schritte: So haben Demokraten und Republikaner im US-Bundesstaat Mississippi gemeinsam entschieden, die bisherige Flagge des Staates für immer einzuziehen. Die Fahne enthielt im oberen Eck noch immer als ein Element die Kriegsflagge der Südstaaten.

US-Präsident Trump sind solche Überlegungen fremd. Er hat sich zum Beispiel gegen eine Umbenennung von Kasernen ausgesprochen, die noch immer die Namen von Südstaaten-Generälen tragen. Das Weiße Haus will die Ausbildung lokaler Polizeikräfte unterstützen und eine landesweite Datenbank schaffen, in der das Fehlverhalten von Beamten festgehalten werden soll. Aber eine grundlegende Reform mit Standards für die elftausend verschiedenen Polizeieinheiten im Land ist nicht geplant.

Trump als Präsident für Recht und Ordnung

In der Beziehung will Präsident Trump jeden Konflikt vermeiden. Auch er orientiert sich dabei am Wahltermin: Trump braucht die Unterstützung der Beamten und Mitarbeiter der Strafverfolgung für eine mögliche Bestätigung im Amt im November.

Den jungen Demonstranten wirft er dagegen vor, sie würden Chaos stiften und das Land in den Dreck ziehen. Das heißt, bei einer Gelegenheit Anfang Juni erklärte Trump, er sei ein Verbündeter aller friedlichen Proteste. Unmittelbar im Anschluss entschied US-Justizminister William Barr, die friedliche Demonstration vor dem Weißen Haus mit Hilfe von berittener Polizei, Tränengas und Gummigeschossen räumen zu lassen. Der Präsident schritt danach durch den Lafayette Park und posierte mit einer geliehenen Bibel vor der 200 Jahre alten St. Johns Kirche gegenüber. Im Keller des Gotteshauses war in der Nacht zuvor von Brandstiftern am Rande der Proteste Feuer gelegt worden.

Trump's Botschaft kam jedenfalls bei seiner Basis an: Er empfiehlt sich als Präsident für Recht und Ordnung. Das wirkt anmaßend, wenn man bedenkt, wie häufig Trump selbst schon mit dem Recht in Konflikt geraten ist. Aktuell ermittelt immer noch die Staatsanwaltschaft in New York gegen ihn. Aber er setzt damit einmal mehr auf die Angst seiner Anhänger. Dieses Mal kommt der vermeintliche Feind aber nicht von außen, wie noch bei Trumps Warnung vor illegalen Einwanderern vor vier Jahren. Jetzt droht Gefahr aus den Vereinigten Staaten selbst.

Unterschiede vergrößern sich

Ob die Rechnung für Trump oder die Demokraten im November aufgeht, ist im Moment noch schwer zu sagen. Umfragen sehen den demokratischen Herausforderer Biden vorn. Aber das erinnert schon sehr an die Situation

vor vier Jahren, als ein Wahlsieg von Hillary Clinton vielen Amerikanern als sicher galt.

Unabhängig davon, wer die Präsidentschaftswahl gewinnt: Die bestehenden Unterschiede innerhalb der amerikanischen Gesellschaft drohen in Folge der Pandemie noch größer zu werden. Schwarze und hispanische Amerikaner haben nicht nur ein höheres Risiko, sich mit Corona anzustecken. Sie bekommen auch die Folgen der Wirtschaftskrise stärker zu spüren.

Das US-Arbeitsministerium hat die Arbeitslosenquote für schwarze Amerikaner im Juli mit 14,6 Prozent angegeben. Bei weißen Amerikanern ging die Quote auf 9,2 Prozent zurück. Das ist der größte Unterschied zwischen den Bevölkerungsgruppen seit fünf Jahren.

Politisches Kapital fehlt für Entscheidungen

Die Schere geht auch in der Bildung weiter auseinander: Schulen in den USA werden zum Teil über die Grundsteuer finanziert. Selbst wohlhabende Wohnviertel mit mehrheitlich schwarzen Bewohnern haben ein geringeres Steueraufkommen als Viertel mit weißen Nachbarn. Online-Unterricht ist in diesen Schulbezirken trotz steigender Infektionszahlen nicht möglich, denn es fehlt an finanziellem Spielraum für Server in Schulen, Computer daheim und einen Zugang zum Internet in jeder Familie.

In der Situation müssten US-Bundesstaaten und die Regierung in Washington viel Geld investieren und vorhandene Mittel neu verteilen, um Unterschiede auszugleichen und neue Lücken zu schließen. Für diese weitreichenden Entscheidungen fehlt aber im Moment jeder Seite das notwendige politische Kapital.

Es gibt Trost: Der frühere US-Präsident Barack Obama erklärte in einer Trauerrede für den verstorbenen schwarzen Bürgerrechtler und Abgeordneten John Lewis gerade erst, „dass dieses Land“ – gemeint sind die gesamten USA – „ständig im Werden ist.“ Jede neue Generation müsse die unvollendete Arbeit der Vorangegangenen aufgreifen und Dinge erreichen, die niemand für möglich hielt.

Das heißt, grundsätzlich ist Wandel möglich. Aber es wäre falsch, alle Hoffnungen allein an eine Wahl im November zu knüpfen.

Zwischen Nächstenliebe und rechten Vereinnahmungsversuchen

Die Kirchen in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten

Der Aufstieg rechtspopulistischer, neurechter und rechtsextremer Akteure in Deutschland ist mittlerweile unübersehbar geworden – durch die Präsenz der AfD in Landtagen und auch im Bundestag, durch einen Bedeutungsgewinn rechter Medien, durch zahlreiche gut besuchte Demonstrationen auch im Westen der Republik sowie durch ständige rassistische Stimmungsmache in den sozialen Medien. In den Jahren 2015 und 2016 kam es zur schlimmsten Welle an rassistisch motivierten Brandanschlägen gegen Unterkünfte von Geflüchteten seit Anfang der 1990er Jahre. Im Laufe des Jahres 2020 wurde der Aufstieg einer neuen rechten Bewegung auch sichtbar durch teilweise gut besuchte Demonstrationen gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie, bei denen Rechtsextreme deutlich Präsenz zeigen konnten, ohne dass dies auf größeren Widerspruch der sonstigen Teilnehmenden gestoßen wäre.

Die christlichen Kirchen stehen in einer besonderen Verantwortung, sich für Demokratie und gegen Rechtsextremismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einzusetzen. Die kritische Beschäftigung mit Rechtsextremismus und das Eintreten für Demokratie gehört zu den zentralen Anliegen vieler Kirchenmitglieder. „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst!“ – das Gebot der Nächstenliebe ist eindeutig, es enthält keinen Spielraum für die Diskriminierung und Verfolgung von Menschen. Ebenfalls sehr bekannt ist folgende Stelle aus dem 2. Buch Mose: „Die Fremdlinge sollst du nicht bedrängen und bedrücken; denn ihr seid auch Fremdlinge in Ägyptenland gewesen.“ (2. Mose 20, 22) Die Botschaft ist glasklar: Rassismus ist nicht vereinbar mit dem Gebot der Nächstenliebe. Es gibt viele weitere klare Aussagen in der Bibel.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und die evangelischen Landeskirchen verurteilen deshalb ebenso wie die Deutsche Bischofskonferenz (DBK), die Diözesen und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) regelmäßig und mit großer Klarheit Rassismus und sprechen sich gegen alle Formen von Diskriminierung aus. Im kirchlichen Raum gibt es eine Vielzahl von sehr aktiven Initiativen, die sich kritisch mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus auseinandersetzen. Viele von ihnen haben sich in der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus zusammengeschlossen, die 2010 gegründet wurde. Der gestiegene Stellenwert des Themas im kirchlichen Raum wird auch sichtbar dadurch, dass Einrichtungen wie das Caritas-Pirckheimer-Haus in Nürnberg und die Domberg-Akademie in München in den letzten Jahren Projektstellen aufgebaut haben, die sich kritisch mit der extremen Rechten befassen.

Auseinandersetzungen in den Kirchen

Die vielen klaren kirchlichen Stellungnahmen sind erfreulich, doch gleichzeitig lieferten mehrere Untersuchungen aus den letzten Jahren Anhaltspunkte dafür, dass auch unter Kirchenmitgliedern menschenfeindliches Gedankengut durchaus verbreitet ist. Es ist offenkundig: Rassismus und Antisemitismus, ebenso wie andere menschenfeindliche Ideologien und Strukturen, sind nicht nur ein Randphänomen der Gesellschaft. Dies bestätigen alle einschlägigen Studien. Zwar ist Neonazismus genau das: ein gesellschaftliches Randphänomen. Aber Ideologien der Ungleichheit sind auch verbreitet unter Menschen, die sich in der gesellschaftlichen Mitte positionieren. Aus vielen Berichten gegen Rassismus engagierter kirchlicher Initiativen und auch aus den eigenen Erfahrungen des Autors in Pfarrkonventen, Fortbildungen für Mitarbeitende kirchlicher Einrichtungen und ähnlichen Veranstaltungen ist deutlich, dass rechtspopulistische Deutungsmuster auch im kirchlichen Raum insbesondere seit dem Jahr 2015 sowohl zunehmen als auch offener geäußert werden. Auch in den Kirchen haben Auseinandersetzungen zugenommen, vor allem auf lokaler Ebene. So entbrannte etwa in einer katholischen Gemeinde in Potsdam ab Ende des Jahres 2019 ein heftiger Streit um die Wahl eines Aktivisten der AfD-Jugendorganisation Junge Alternative in den Pfarrgemeinderat. Die Ausein-

andersetzung wurde von der neurechten Wochenzeitung Junge Freiheit in einer ganzen Reihe von Artikeln begleitet. Der Berliner Erzbischof Heiner Koch ordnete schließlich im März 2020 Neuwahlen an.

Dennoch muss betont werden: Entgegen der Wahrnehmung bei einigen Journalistinnen und Journalisten, dass aufgrund der Parole „Rettung des christlichen Abendlandes“ rechte Kreise in den Gremien der Kirchen überproportional stark vertreten sein müssten im Vergleich zur nicht-konfessionell gebundenen Bevölkerung – sie sind es nicht. Tatsächlich war kirchliches Leben gerade in den Gemeinden in den Jahren seit 2015 viel stärker von der ehrenamtlichen Unterstützung von Geflüchteten geprägt, tatsächlich sind Rechtspopulist*innen auf Synoden der evangelischen Kirche und in Diözesanräten der katholischen Kirche in Deutschland – falls überhaupt vertreten – weit unterrepräsentiert. Tatsächlich sind keine Mitglieder der AfD im Zentralkomitee der deutschen Katholiken vertreten.

Kirchen als Feindbild der extremen Rechten

Wer über Rechtspopulismus und die Kirchen redet, sollte deshalb einen anderen Punkt in den Fokus nehmen: dass die Kirchen aufgrund ihrer Gleichstellungspolitik und ihrer Migrationspolitik Feindbild des Rechtspopulismus sind, insbesondere seit 2015. Dies beinhaltet vor allem die ständige Negativberichterstattung, Hetze und Stimmungsmache in einschlägigen Medien der rechten Bewegung. Dazu kommen immer wieder sogenannte Shitstorms, die sich insbesondere gegen die kirchliche Flüchtlingspolitik und die kirchliche Gleichstellungspolitik richten, und auch Bedrohungen von Ehren- und Hauptamtlichen.

Besonders schmerzhaft für die Betroffenen ist jedoch etwas anderes: Insbesondere seit 2015 berichten immer mehr Menschen, die haupt- oder ehrenamtlich in der Unterstützung von Geflüchteten tätig sind, dass sie auch im privaten Raum unter Druck gesetzt werden. Anekdotisch sei von zwei dem Autor von Betroffenen zugetragenen Fällen berichtet: Eine Mitarbeiterin in der Koordination des ehrenamtlichen Engagements für Geflüchtete einer diakonischen Einrichtung in einer westdeutschen Großstadt berichtete von heftigen verbalen Attacken gegen ihre berufliche Tätigkeit während einer Familienfeier.

Als sie sachlich ihr berufliches Engagement verteidigte, musste sie sich folgenden Satz anhören: „Weißt Du, früher, als Du noch dick warst, warst Du viel netter.“

Ein Mitarbeiter einer Migrationsberatungsstelle der Caritas in einer ostdeutschen Großstadt wurde von seiner Schwester aufgefordert, sich umgehend ein anderes berufliches Betätigungsfeld zu suchen. Andernfalls würde sie ihn in Zukunft nicht mehr zur Familienfeier am Heiligabend einladen.

Was tun?

Bei aller skeptischen Beurteilung der Erfolgsaussichten rechter Unterwanderungsversuche ist trotzdem eine selbstkritische Perspektive einzunehmen: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist spürbar vorhanden in den Kirchen, und auch mehr, als dies bei den selbst gesetzten Ansprüchen zufriedenstellen kann.

Der zentrale Weg der kirchlichen Auseinandersetzung mit der extremen Rechten und mit Rassismus muss über das Wort gehen, über das bessere Argument. Innerhalb der Kirchengemeinden heißt dies: diskutieren, diskutieren, diskutieren. Ressentiments können nur bearbeitet werden, wenn sie offen auf dem Tisch liegen. Es braucht eine angstfreie Atmosphäre, weil sonst die Menschen nicht sagen werden, was sie denken. Sie behalten ihre Ressentiments einfach für sich, und es gibt keine Möglichkeit mehr zu widersprechen.

Erfolgreiche Diskussionen sind auch eine Frage der eigenen Haltung. Diese sollte sein: Teil der Lösung kann nur sein, wer sich auch selbst als Teil des Problems begreift. Das heißt, immer mit einer selbstkritischen Perspektive auf das Gegenüber im Gespräch zuzugehen und sich auch kritisch mit den eigenen Ressentiments zu befassen. Und immer davon auszugehen, auch einmal selbst falsch liegen zu können, und sich mit Argumenten, die den eigenen widersprechen, auch tatsächlich auseinanderzusetzen. Gleichzeitig ist jedoch immer deutlich zu machen: Rassismus ist mit dem christlichen Glauben unvereinbar. Die Kirchen sind nicht und können nicht neutral sein in dieser Frage.

| [Henning Flad](#) |

Projektleiter in der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus

Was wirklich zählt

Zur christlichen Prägekraft in der Corona-Gesellschaft

Was ist die christliche Antwort auf das Corona-Virus? An dieser Frage hat sich ein Streit in den Kirchen und in der Gesellschaft entzündet. Den Kirchen wurde vorgeworfen, sie seien in der Corona-Krise gegenüber dem Staat eingeknickt und hätten ihre Aufgabe in zweifacher Hinsicht verfehlt: wegen des zeitweiligen Verzichts auf öffentliche Gottesdienstfeiern und wegen eines fehlenden Beistands für Alte, Kranke und Sterbende.

Zu beidem ist viel gesagt und geschrieben worden, manches davon im Gestus der Empörung und Belehrung. Der insbesondere in der Zeit nach Ostern vermehrt vernehmbare Ruf „Wenn Baumärkte aufhaben, müssen auch öffentliche Gottesdienste stattfinden können“ hat mich persönlich stark irritiert. Er offenbarte einen Druck, seine „Systemrelevanz“ zu markieren, der mir fremd geblieben ist. In dieser Situation bestand der kirchliche Dienst an der Gesellschaft in einer beispielgebenden Rücksichtnahme und Disziplin, auch in Anlehnung an das christliche Fasten, und nicht im Durchsetzen rechtlicher Ansprüche auf das Feiern öffentlicher Gottesdienste.

Seit Mai gibt es diese an den meisten Orten wieder, aus guten Gründen mit strengen Spielregeln. Ernüchternd bleibt, dass es sich in meiner Wahrnehmung um eine liturgische Gemeinschaft unter hoher Anspannung handelt. Auch wenn es anders intendiert ist: Nicht die befreiende Botschaft, sondern die Sorge und die Vorsicht stehen spürbar im Vordergrund.

Corona als Entfremdungsverstärker

Zugleich ist es trostreich und berührend, auch in anderen Konstellationen als dem öffentlichen Gemeindegottesdienst christliche Nähe zu entdecken und zu erfahren. Denn dort, wo Seelsorgerinnen und Seelsorger wie auch ehrenamtlich engagierte Gläubige es seit vielen Jahren verstehen, nah bei den ihnen anvertrauten Menschen zu sein und dem Glauben im Alltag auf die Spur zu kommen, werden sie auch unter den erschwerten Bedingungen seit

März Wege gefunden haben. Und dort, wo vorher der Zugang schon fehlte und die Nähe verloren gegangen ist, laufen auch die digitalen Kanäle ins Leere. Wenn sich eine schon vorhandene Entfremdungserfahrung fortgesetzt und verschärft hat, ist Corona dafür nicht die Ursache, sondern ein Verstärker.

In anderer Weise hat mich die Defizitanzeige bei der Begleitung alter, kranker, sterbender und trauernder Menschen nachdenklich gemacht. Auch hier verbietet sich ein pauschales Urteil. Doch es ist nicht abzustreiten, dass durch die strengen Anordnungen wie zum Beispiel Besuchsverbote in Pflegeheimen seelsorglicher Beistand in besonders schweren Stunden vermisst wurde. Es stellt sich die Frage, warum sich die Kirchen mit ihrem politischen Gewicht diesen Regelungen nicht stärker widersetzt haben.

Mein Versuch, das zu verstehen, setzt beim kooperativen Verhältnis von Staat und Religionsgemeinschaften an. Dieses Verhältnis ist in Deutschland nicht nur rechtlich kodifiziert und Bestandteil der wohlfahrtsstaatlichen Verfasstheit mit der starken Stellung freier, vielfach christlicher Träger im Gesundheits- und Bildungswesen. Die Akteure haben es auch inkorporiert: Die christlichen Kirchen tun sich leicht, den Staat zu stützen und die ihnen vom Staat angebotenen gesellschaftlichen Spielräume auszufüllen. Und sie tun sich schwer, die Regeln in Frage zu stellen, sie offen zu kritisieren oder zu verletzen.

Muster von Konformität und Protest

Das gilt unabhängig vom politischen Vorzeichen: Nur relativ wenige Kirchengemeinden engagieren sich in der rechtlichen Grauzone des (eher „linken“) Kirchenasyls. Sehr viel größer ist hingegen die Zahl der Kirchengemeinden, die sich insbesondere seit 2015 im Bereich der staatlich erwünschten und von der seinerzeitigen Linie der Bundesregierung geadelten Flüchtlingshilfe engagieren. Gemeinsam ist dabei allen der christlich motivierte Einsatz für Menschen, die vor Not, Gewalt und Krieg geflüchtet sind. Nur relativ wenige Christinnen und Christen demonstrieren beim (eher „konservativen“ oder „rechten“) jährlichen „Marsch für das Leben“ gegen das geltende Abtreibungsrecht. Demgegenüber bejaht nach mei-

ner Einschätzung (auch wenn sie erfahrungsgemäß nicht unwidersprochen bleiben dürfte) die große Mehrheit der Christinnen und Christen in Deutschland das Engagement für das ungeborene Leben im Rahmen des geltenden Rechts, sei es in der Schwangerenberatung von Caritas und Sozialdienst katholischer Frauen oder in der gesetzlichen Schwangerschaftskonfliktberatung von Diakonie oder donum vitae. Gemeinsam ist ihnen allen das christlich motivierte Ja zum Leben eines jeden Menschen mit dem Ziel, dafür bestmögliche Hilfe zu bieten.

Weitere Spielräume eröffnen

Um nicht falsch verstanden zu werden: Ich bin ein Befürworter dieses den Kirchen in Deutschland zur zweiten Natur gewordenen staatsnahen und vielfach auch staatstragenden Selbstverständnisses. Es ermöglicht, dass der christliche Glaube in dieser Gesellschaft an vielen Stellen konkret und wirksam werden kann; dabei überwiegen die Chancen die Gefahren bei weitem. Das den Kirchen seitens des Staates entgegengebrachte Vertrauen eröffnet zudem weitere Spielräume: In begründeten Fällen wird ein Kirchenasyl vom Staat geduldet, sodass eine erneute Prüfung des Asylgesuchs möglich wird. Kein Arzt und keine Ärztin kann verpflichtet werden, einen nicht medizinisch indizierten, aber in der Rechtsordnung nicht strafbaren Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen, wenn sie dies aus Glaubens- oder Gewissensgründen ablehnen.

Überträgt man dieses Muster von Konformität und Protest auf das Besuchsverbot in Pflegeheimen, lässt sich die für viele verstörende Erfahrung dieses Jahres besser einordnen. Das Besuchsverbot als Seelsorgerin oder Seelsorger zu umgehen, sich ihm offen zu widersetzen oder dagegen auf die Straße zu gehen, entspricht dem Muster des Kirchenasyls und des Marsches für das Leben, das den meisten Christinnen und Christen in Deutschland fremd ist. Das mag man mit theologischer oder politischer Emphase bedauern oder verurteilen – mit nüchternem, soziologisch geschultem Blick kann man so nachvollziehen, dass viele Repräsentanten der Kirchen nicht aus ihrer Haut konnten.

Was heißt das für die ebenfalls vorgebrachte These, dass eine so angepasste, im Rechtsgehorsam aufgehende Kir-

che gesellschaftlich nicht mehr gebraucht werde? Ich teile sie nicht, sondern sehe im Gegenteil in der Entwicklung der letzten Monate eine Bestätigung der gesellschaftlichen Prägekraft christlicher Ethik. Denn nicht nur die Kirchen haben die Konformität mit Staat und Recht verinnerlicht, sondern auch Staat und Gemeinwesen sind christlich durchdrungen. Zur Tiefengrammatik unseres Gemeinwesens in Deutschland gehört der die politischen Ideologien und Extreme mäßigende und moderierende Einfluss der christlichen Kirchen. Die Prinzipien christlicher Sozialethik prägen unseren Sozialstaat auch dann noch, wenn der Bevölkerungsanteil der Christen bald unter fünfzig Prozent liegen sollte. Da kann es auch kein Zufall sein, dass gerade dieser Sozialstaat, der in den vergangenen Jahrzehnten mehr als in anderen Ländern und Wohlfahrtsregimen gegen Liberalisierung, Effizienzmaximierung und reine Marktlösungen resistent geblieben ist, mit den Herausforderungen der Corona-Gegenwart vergleichsweise gut und stabilitätswahrend zurechtkommt. Der befürchtete Engpass in der intensivmedizinischen Versorgung ist hierzulande bislang ausgeblieben. Während in anderen Ländern die Arbeitslosenzahlen in die Höhe geschneit sind, zehren die deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vom Kurzarbeitergeld, das es ohne die auf dem Solidar- und Subsidiaritätsprinzip beruhende deutsche Sozialversicherung wohl nicht gäbe.

Könnte vor diesem Hintergrund nicht – über die liturgische und seelsorgliche Präsenz im Alltag und an den Rändern des Lebens hinaus – unsere historische und bleibende Aufgabe als politische Katholiken, als christliche Zeitgenossinnen gerade darin liegen, als beharrliche Anwälte einer breit angelegten sozialen Sicherung den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und argumentativ zu unterfüttern? Dieses christliche Selbstbewusstsein wird tragfähiger sein als jede politische Trophäe im Wettlauf um Systemrelevanz.

Dr. Hubert Wissing

Leiter der Arbeitsgruppe „Kirche und Gesellschaft“ des ZdK-Generalsekretariats von 2010 bis August 2020, ab 1. September 2020 Direktor der Katholisch-Sozialen Akademie Ludwig-Windthorst-Haus in Lingen

Homeoffice: Recht, Rahmen und Kultur

Immer mehr Homeoffice auch nach Corona

„140.000 Beschäftigte von Siemens sollen Homeoffice machen können – an zwei bis drei Tagen in der Woche.“ Diese Schlagzeile war Mitte Juli zu lesen. Auch andere Unternehmen, große wie kleine, weiten die Möglichkeiten, zu Hause oder mobil zu arbeiten, aus. Die Corona-Pandemie wirkt wie ein Katalysator für diese Entwicklung. Hieß es vorher oftmals, Homeoffice sei nicht möglich, so veränderte sich die Situation mit dem Lockdown im März praktisch über Nacht. Arbeit in Großraumbüros, Meetings, gemeinsames Mittagessen in der Kantine – das alles passte nicht zu den Anforderungen des Infektionsschutzes. Millionen Beschäftigte arbeiteten daher von zu Hause aus. Der Austausch über Videokonferenzen ersetzte persönliche Treffen. In vielen Betrieben hält das bis heute an.

Nicht nur das Beispiel Siemens zeigt: Die Erfahrungen mit dem Homeoffice in der Krise werden bleibende Spuren hinterlassen – über die Krise hinaus. Das unterstreichen auch Untersuchungen wissenschaftlicher Institute. Laut Ifo-Institut wollen 54 Prozent der Unternehmen verstärkt Homeoffice einsetzen. Das ZEW in Mannheim hat sich besonders die Industriebetriebe angesehen: Vor der Krise nutzte ein Viertel von ihnen Homeoffice, während der Krise die Hälfte – und nach der Krise wollen immerhin 37 Prozent der Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes daran festhalten. In der Informations- und Kommunikationstechnologiebranche liegt der Wert noch höher.

Es tut sich also etwas. Und das ist gut so. Warum sollten Beschäftigte nicht von zu Hause aus arbeiten, sich den Arbeitsweg – oft verbunden mit Staus auf der Autobahn oder überfüllten Bussen und U-Bahnen – sparen und nebenbei noch Arbeit und Familie besser unter einen Hut bringen? Mal eben eine Waschmaschine anstellen, bevor es ins nächste Zoom-Meeting geht – warum nicht? Wo es möglich ist, sollte den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Möglichkeit gegeben werden, im Homeoffice zu arbeiten. Und der Arbeitgeber sollte nachweisen müssen, dass das nicht möglich ist, wenn er es nicht will.

Freilich: Bei aller Sympathie für ein Recht auf Homeoffice müssen wir aufpassen, dass wir nicht eine Zwei-Klassen-Belegschaft bekommen. Bei uns in der Industrie ist das relativ klar: Da gibt es die einen in den administrativen Jobs, die mit Laptop und stabiler Internet-Verbindung vieles von zu Hause aus machen können. Da gibt es aber auch die Kolleginnen und Kollegen „auf dem shopfloor“, in der Produktion, die die Maschinen bedienen und warten, die Produkte zusammenmontieren und kommissionieren. Die müssen vor Ort sein. Und außerhalb der Industrie arbeiten Friseure, Erzieherinnen, Krankenpfleger, Busfahrerinnen und viele andere, die ihren Job nicht vom Rechner im heimischen Wohnzimmer aus erledigen können.

Wichtiger als das bloße Recht auf Homeoffice sind für diejenigen, die von zu Hause aus arbeiten können, zwei Dinge: ein klarer Rahmen und eine Unternehmens- und Führungskultur, die zu dieser Art des Arbeitens passt.

Arbeitsausstattung und Arbeitsschutz

Zu dem Rahmen gehört, dass die Arbeitsplätze daheim ordentlich ausgestattet sind. Klar, der Rechner wird oft noch vom Arbeitgeber gestellt. Aber die Beschäftigten im Homeoffice arbeiten in Wohnungen, für die sie Miete oder Raten zahlen, und die meisten von ihnen nutzen die private Internetverbindung. Sie sitzen mitunter auf klapprigen Küchenstühlen mit gebeugtem Rücken am Tisch und arbeiten bei schlechtem Licht. Für ordentliche Arbeitsmittel auch im Homeoffice hat der Arbeitgeber aufzukommen. Das hat nicht nur mit gerechter Kostenteilung zu tun, sondern auch mit dem Arbeits- und Gesundheitsschutz.

Überhaupt: Der Arbeitsschutz darf an der privaten Haustür nicht enden. Auch Haftungsfragen sind zu klären. Was ist, wenn der Hund sich im Kabel des Notebooks verfängt und das Gerät dadurch zu Boden fällt? Welche Unfälle in der eigenen Wohnung sind Arbeitsunfälle? Zu einzelnen Fragen gibt es inzwischen Gerichtsurteile. Doch es braucht einen klaren Rahmen, der Beschäftigten und Arbeitgebern auch ein Stück Rechtssicherheit gibt. Und es braucht Mitbestimmung bei der Gestaltung des Homeoffice.

Telearbeit ist immerhin in der Arbeitsstättenverordnung definiert. Das reicht aber nicht. Homeoffice, mobile Arbeit, Telearbeit: Wir müssen uns klar darüber werden, was wir worunter verstehen und welche Regeln für welche Art des Arbeitens gelten. Und was wir gerade nicht brauchen: eine Lockerung des Arbeitsschutzrechtes mit dem Hinweis, das passe nicht mehr in die moderne Arbeitswelt. Immer wieder wird das Arbeitszeitgesetz in Frage gestellt. Angeblich „starre“ Höchstarbeitszeiten und Mindestruhezeiten würden sich nicht mit den Erfordernissen des Arbeitens im Homeoffice vertragen. Beschäftigte hätten den Wunsch, ihre Arbeit immer wieder einmal zu unterbrechen, um Privates zu erledigen. Dagegen spricht auch nichts.

Recht auf Abschalten

Doch auch dabei lässt sich das Arbeitszeitrecht einhalten – das Höchstarbeitszeiten und Ruhezeiten im Sinne des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten auf der Grundlage gesicherter arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse regelt. Diese Erkenntnisse und der Gesundheitsschutz verlieren nichts von ihrer Bedeutung, nur weil die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht mehr im Betrieb, sondern daheim arbeiten. Im Übrigen ist das Arbeitszeitgesetz viel flexibler, als es von seinen Kritikern dargestellt wird. So hat die IG Metall vor zweieinhalb Jahren Tarifverträge zum „mobilen Arbeiten“ abgeschlossen, welche die Möglichkeiten des Gesetzes nutzen.

Das Recht auf Abschalten gilt auch im Homeoffice! Ob es tatsächlich wahrgenommen wird, hängt auch vom Beschäftigten ab. Wenn der Rechner ohnehin zu Hause steht, ist die Versuchung groß, am Wochenende noch mal eben die Präsentation fürs Meeting in der kommenden Woche fertigzustellen. Das kommt ebenso vor wie die Tatsache, dass einzelne Beschäftigte während der Arbeitszeit daheim Privates erledigen (wobei im Homeoffice unter dem Strich eher mehr als weniger gearbeitet wird!). All das lässt sich nicht verhindern, weil die Beschäftigten weder daheim den Arbeitgeber noch die Arbeitsschutzbehörden zur Kontrolle ständig auf der Matte stehen haben wollen. Immerhin ist die eigene Wohnung sogar durch das Grundgesetz geschützt.

Klare Struktur und Führungskultur

Umso wichtiger ist, dass zu dem Rahmen für das Homeoffice eine Kultur tritt, die dieser Arbeitsform angemessen ist. Einfach die Beschäftigten zu Hause vor dem Bildschirm parken und dann davon ausgehen, dass der Laden schon wie immer läuft – das wird nicht funktionieren. Zu der Kultur muss zunächst gegenseitiges Vertrauen gehören – Vertrauen darauf, dass weder die Situation ausgenutzt wird, um sich „einen schlanken Fuß“ zu machen, noch dass die Beschäftigten zur Selbstaussbeutung ermutigt werden. Im Gegenteil: Pausen auch im Homeoffice einhalten, achtsam mit den eigenen Ressourcen umgehen – dazu sollten die Führungskräfte ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anhalten.

Auch im Homeoffice bedarf es eines strukturierten Arbeitstages. Virtuelle Jour fixes können dazu beitragen. Und es braucht ganz viel Kommunikation – zwischen Vorgesetzten und Beschäftigten (Ermuntern! Anleiten! Feedback geben!), aber auch unter Kolleginnen und Kollegen. Gerade darüber haben im Corona-bedingten Lockdown viele geklagt: Dass der Austausch fehlte. Nicht alles lässt sich in Videokonferenzen kommunizieren. Mimik und Gestik werden nur bedingt wahrgenommen, Stimmungen und Schwingungen im Raum gehen unter. Und der Klatsch in der Teeküche fehlt ohnehin. Umso wichtiger ist, dass Räume für den Austausch geschaffen werden, auch für den informellen Austausch. Eine IG-Metall-Befragung vor drei Jahren hat gezeigt: Viele Kolleginnen und Kollegen wollen Homeoffice, aber sie wollen es nicht immer, sondern nur an einzelnen Tagen. Wenn das Infektionsschutzgeschehen es zulässt, ist es umso wichtiger, dass Kolleginnen und Kollegen sich auch persönlich begegnen.

Deswegen glaube ich auch nicht, dass – wie einzelne Arbeitgeber hoffen – das Homeoffice sich als riesiges Kostensenkungsprogramm entpuppen wird, weil sie kaum noch Büros vorhalten müssen. Gerade die katholische Soziallehre betont, der Mensch sei ein soziales Wesen. Das gilt auch in der Arbeitswelt. Und daran werden auch noch so ausgereifte Technologien nichts ändern.

| André Arenz

1. Bevollmächtigter der IG Metall Olpe

Zwischen #stayathome und Aktivität

Jugendverbandsarbeit in der Corona-Pandemie

Ein Forschungsteam des Instituts für Sozial- und Organisationspädagogik der Universität Hildesheim und der Goethe-Universität Frankfurt hat kürzlich eine Studie zum Thema Jugend und Corona veröffentlicht¹, die zeigt: Junge Menschen fühlen sich während der Corona-Pandemie nicht ausreichend gehört und ihre Interessen werden zu wenig berücksichtigt.

Jugendliche werden in der Medienöffentlichkeit fast ausschließlich in ihrer Rolle als Schüler*innen wahrgenommen. Perspektiven auf die Lebensgestaltung zwischen Gleichaltrigen, Sport, Aktivitäten in Jugendverbänden, Vereinen und Netzwerken, die Teilnahme an und das Engagement in außerschulischer Bildung und die vielfältigen Angebote der Jugendarbeit spielen im öffentlichen Diskurs kaum eine Rolle.

Jugendliche aus dem Blick verloren

Junge Menschen kritisieren die Verletzung ihres Rechtes auf Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen. Die bestehenden Wege der Beteiligung junger Menschen am Diskurs sind aufgrund der Kontaktbeschränkungen massiv eingeschränkt und digitale Formate nur ein unzureichender Ersatz. Auch die physischen Räume zur Gestaltung fehlen. Jugendbildungsstätten und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe waren bzw. sind geschlossen und kämpfen aufgrund langer Wartezeiten auf Überbrückungshilfen im Konjunkturpaket ums Überleben. Spätestens hier zeigt sich, dass auch nach Bewältigung der eigentlichen Pandemie die vielfältige Landschaft der Jugendarbeit gefährdet ist.

Mit viel Kreativität und Engagement setzen sich Interessenvertreter*innen in den Jugendverbänden für den Erhalt der wertvollen Angebote ein, denn Bildung ist mehr als schulischer Unterrichtsstoff: Ethisches, soziales und politisches Lernen geschieht auch außerhalb der

Schule. Die Gesellschaft und der Staat wären ohne ehrenamtliches Engagement junger Menschen kaum funktionsfähig. Unsere Demokratie funktioniert durch den solidarischen Einsatz von Menschen für die Gesellschaft. Junge Christ*innen in den Jugendverbänden setzen sich nicht nur für ihre eigenen Belange ein, sondern wollen die Welt als Ganzes ein Stück besser machen: Beim Einsatz für eine zukunftsfähige Kirche im Synodalen Weg, mit Aktionen für den Erhalt der Schöpfung oder in politischen Diskussionen – sie wollen die Gesellschaft lebenswerter und menschenfreundlicher gestalten. Was vor der Pandemie selbstverständlich war, wird jetzt an die aktuellen Umstände angepasst. Ein konkretes Beispiel ist der Einsatz des BDKJ Limburg und seiner Jugendverbände: Ein Hilfe-Netzwerk unter dem Motto „Uns schickt der Himmel“ wurde ins Leben gerufen. Menschen vor Ort werden während der Corona-Krise unterstützt. Junge Menschen kaufen für sie ein, tätigen Erledigungen, treffen sich mit ihnen zum Gebet und Gespräch oder helfen bei technischen Herausforderungen.² Auch die Malteser Jugend im Erzbistum Berlin hat in Kooperation mit dem BDKJ Berlin und dem Caritasverband ein Unterstützungsangebot ins Leben gerufen, und es hat sich das Projekt „72 gute Taten in 2020“ angeschlossen.³ So entstehen bundesweit Initiativen aus einer lebendigen und funktionierenden Jugendverbandskultur heraus, in der junge Menschen Solidarität und Engagement aus dem christlichen Menschenbild erfahren und weitergeben.

Wir sind dazu aufgerufen, auch in Zeiten der Krise die Stimme junger Menschen zu hören, ihre Belange zu berücksichtigen und sie an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Eine Demokratie, die auch in Zukunft auf den Einsatz ihrer Bürger*innen setzt, sollte deren Selbstbestimmung von Anfang an fördern und jungen Menschen Selbstwirksamkeitserfahrungen zugestehen. Und in einer Krise, in der es kreative Ideen, Solidarität und kluge Entscheidungen braucht, sollte die Kreativität, Energie und das Experimentieren junger Menschen Vorbild sein. Die Aufgabe der erwachsenen Menschen ist es, diese zuzulassen.

Gregor Podschun
BDKJ-Bundesvorsitzender

¹ vgl. Rusack et al., Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen

² siehe bdkj-limburg.de/aktionen-und-veranstaltungen/hilfenetzwerk/

³ siehe bdkj-berlin.de/projekte/72-gute-taten-in-2020/

Zusammenfügen, was nicht zusammenpasst

Reisen trotz und mit Corona

Themen wie „Urlaub“ und „Reise“ sind zur Zeit verbunden mit dem „Aber“-Wort! Urlaub ist okay (zumal im Sommer), aber ... – Reisen sind notwendig (privat und geschäftlich), aber ...! War das „Aber“ in den ersten Monaten des Jahres noch verbunden mit „Umwelt“, „Klima“ und „Greta Thunberg“, so hat sich das Bindemoment verändert: Das „Aber“ ist mittlerweile die sprachliche Vorwarnung zum Phänomen „Corona“. Das COVID-19-Virus hat sich nicht nur in menschliche Körper hineingedrängt, sondern bestimmt aktuell das Leben in der Gesellschaft und ihre Mobilität. Es ist prinzipiell die Absicht einer (Urlaubs-)Reise, einen anderen Ort aufzusuchen. Man erwartet nicht nur Ortswechsel, sondern auch Entspannung der besonderen Art, und mehr noch, das Erfahren ganz neuer Eindrücke.

„Reiseberichte“, mit diesem Titel erschien kürzlich ein Band des Suhrkamp-Verlegers Siegfried Unseld. Er versammelt 35 (von insgesamt 1500 vorliegenden) Berichte des Verlagschefs an seine Mitarbeiter*innen. Urlaubsreisen kann man Unselds Touren nicht nennen, sondern es handelte sich vor allem um Besuche bei Autor*innen, Literaturschaffenden und gesellschaftlichen Größen. Unselds Reiseberichte erzählen kaum von der Schönheit der besuchten Orte oder vom Menü-Ablauf der vielen Arbeitsessen, sondern vielmehr von den Anliegen und Vorstellungen seiner Klient*innen. Henry Kissinger, Peter Handke, Max Frisch und wie sie alle hießen, mit denen Unseld auf seinen Reisen zu tun hatte, waren seine Gesprächspartner. Die Rapporte an seine Mitarbeiter*innen geben Anweisungen, wie in unterschiedlichsten Verlagsangelegenheiten zu verfahren ist. Man staunt beim Lesen, wie geschäftstüchtig die einen sind und wie sensibel die anderen.

„Reisen bildet!“, heißt es. Und die Berichte des Verlagsleiters zeigen, wie sehr auch er profitiert vom Reisen. Flüchtige Beobachtungen der besuchten Orte wurden notiert, aber auch Museumsbesuche (oftmals gemeinsam

mit den Gesprächspartner*innen) finden Erwähnung. Fast 40 Jahre Geschäftsreisen der besonderen Art, auf hohem Bildungs- und Erfahrungsniveau – die Lektüre ließ mich neidisch und nachdenklich gleichzeitig werden ...

Reise: theologisch und spirituell gleichzeitig

In Texten der Bibel und in vielen Mythen findet sich das Phänomen der Reise dokumentiert. Die Reise an sich hatte keineswegs den Charakter eines Erholungsurlaubs, sondern war trotz aller Strapazen Teil von Muße und Kontemplation. Beispielhaft seien genannt die Wanderung des Gilgamesch, das Unterwegssein in der Odyssee oder die Argonautensage, aber auch die verschiedenen Reisen, die in den neutestamentlichen Büchern beschrieben sind. So verorten sich Gemeinschaften durch die Reismotivik als Herkunftsgemeinschaft und schreiben sie fort. Prozesse der Herkunft, Abreise und Wiederkehr spielen in der Literatur immer wieder eine Rolle, die Mythen bauen aufeinander auf, kopieren, fokussieren und erweitern ihre Perspektive. Es ist die Suche nach den Anders-Orten, welche die Reisen bestimmten. So beschreiben die Evangelisten die zielorientierte Wanderung Jesu. Die paulinischen Reisebeschreibungen gehen von einem theologisch motivierten Grundduktus aus. Das Werden des Christentums wird als Ausbreitungsgeschichte konzipiert, der Weg ist gleichsam ekklesiologisches Programm.

Reisen – trotz und mit Corona

Im Falle der COVID-19-Pandemie wurde man durch den Lockdown empfindlich daran erinnert, wie fragil das soziale Leben ist, auf dessen Rhythmus man sich im Laufe des Lebens eingestellt hat. Die gewohnten Prozesse der Arbeits- und Freizeit erfahren eine jähe Unterbrechung, wengleich mit neuen Dimensionen – der kurze genehmigte Spaziergang um den Häuserblock erlaubt einen neuen unverstellten Blick für das Nahliegende. Dann wird die Reisesehnsucht in die große weite Welt relativ.

| Dr. Thomas Eggensperger OP, M. A. |

Professor für Sozialethik
an der Phil.-Theol. Hochschule Münster,
Direktor des Institut M.-Dominique Chenu Berlin



Der klimaneutrale Versand
mit der Deutschen Post



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

ZdK | Zentralkomitee der deutschen Katholiken
Postfach 24 01 41, D 53154 Bonn

„Wir machen für die Pänz, was irgend geht!“

Von der Kinderstadt zum Kinderdorf

Seit 1992 ist Franz Meurer Pfarrer der katholischen Kirchengemeinde St. Theodor und St. Elisabeth in den Kölner Stadtteilen Vingst und Höhenberg, die als „Problemviertel“ gelten: Dort leben rund 23.000 Menschen, von denen knapp 4.000 Sozialhilfe erhalten; jeder Dritte ist Ausländer. Meurer initiierte zahlreiche Aktivitäten, von einer Kleiderkammer und einer Essensausgabe bis zu Ferienfreizeiten für 630 Kinder – „HöVi-Land“ genannt. Er berichtet, wie die Ferienfreizeit trotz Corona stattfinden konnte.

Es sollte die 27. Auflage unsere Kinderstadt HöVi-Land in den Sommerferien sein. Für die „Pänz“, wie Kinder in Köln heißen, ist sie das Highlight des Jahres. Ein kleines Mädchen brachte es für das ARD-Morgenmagazin genial auf den Punkt, als es auf die Frage der Reporterin, was denn am schönsten sei, antwortete: „Dass wir hier zusammenhalten – und all die anderen Dinge.“ In der Tat ist es der Zusammenhalt, der das HöVi-Land auszeichnet. Der macht Ausflüge, Schwimmen, Basteln oder gemeinsam Kochen noch mal so schön.

Die jugendlichen Leiterinnen und Leiter, die jedes Jahr eine intensive Ausbildung erfahren, sind Vorbilder für die Kinder. Die Abschiedstränen am letzten Tag der Ferienfreizeit beweisen es. Als zusätzliches Dankeschön erhält jede/r ein T-Shirt mit dem jeweiligen Motto. Heiß begehrte Sammlerobjekte. Ebenso das Armband, das jedes Kind zu Beginn erhält. Eine

Jugendliche trägt mittlerweile elf HöVi-Land-Bänder am Handgelenk.

Die Kinderstadt ist keine Kinderbespaßung für drei Wochen, sondern der real gewordene Traum eines solidarischen Gemeinwesens. Neben den jugendlichen Gruppenleiterinnen der 30 Gruppen engagieren sich auch rund 300 Erwachsene. Natürlich ist alles ökumenisch. Und demokratisch. Für alle und mit allen Menschen guten Willens.

Mit Corona geriet alles ins Wanken.

Doch der wöchentlich sich treffende Pfarrgemeinderat entschied: „Wir machen für die Pänz, was irgend geht!“ Und so haben wir statt einer Kinderstadt ein Kinderdorf eröffnet. Leider konnten statt 630 Kindern, wie bisher, nur 210 teilnehmen und auch nur eine Woche statt drei. Die Gruppen mussten auf Abstand zueinander bleiben. Jeweils zehn Kinder waren in einer Gruppe, dazu drei Leiterinnen und Leiter. Jedem Kind mussten im geschlossenen Raum fünf Quadratmeter zur Verfügung stehen. Bei Aktivitäten draußen waren es zehn. Mittagessen ging nur jeweils in der kleinen Gruppe. Das Essen kam nicht von der Zeltküche, die immer für 900 Personen gekocht hat, sondern wegen der strengen Hygieneregeln von einem Caterer. Der Kontakt zu den Kindern, die nicht mitkommen konnten, wurde über Bildschirm gehalten. Junge Menschen hatten ein Fernsehstudio eingerichtet, von dem aus Gesang, Sketche und morgendlicher Frühsport übertragen wurden.

Besonders schön fand ich, dass etliche besser gestellte Familien auf die Teilnahme ihrer Kinder verzichteten, damit ärmere wenigstens eine schöne Ferienwoche erleben konnte. Das ist die Solidarität, die unseren Stadtteil zusammenhält.

| Franz Meurer

Pfarrer in Köln-Höhenberg und -Vingst

Pressestelle Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn
Postfach 24 01 41, 53154 Bonn

Tel. +49. (0) 228. 38 297 - 0. Fax +49. (0) 228. 38 297 - 48
Mail presse@zdk.de Web www.zdk.de

Herausgeber
Marc Frings Generalsekretär

Redaktion
Theodor Bolzenius Pressesprecher

Nachdruck frei / Belegexemplar erbeten

Alle Ausgaben der "Salzkörner" finden Sie auch auf unserer Internetseite:
www.zdk.de/veroeffentlichungen/salzkoeerner